

**STOPPT
RUSSLAND!**

**STOPPT
RUSSLAND!**

**STOPPT
RUSSLAND!**

7 FAKTEN

zur europäischen Energie(un) abhängigkeit von russischen Fossilien, die den Krieg in der Ukraine anheizen

Die Abhängigkeit der EU von russischen Energieimporten ist nach wie vor die größte Bindung des Kontinents an Moskau. Die EU importiert 90 % ihres Gasverbrauchs, dabei **kamen 45 % der gesamten Erdgasimporte der EU im Jahr 2021 aus Russland**. Außerdem liegen die Öl- und Kohlenimporten aus Russland bei entsprechend 27% und 46% Prozent. Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar **hat die EU in nur einem Monat 20 Milliarden Euro für fossile Brennstoffe an den Kreml gezahlt**, dabei entfiel fast zwei Drittel dieser Summe auf Erdgas und ein Drittel auf Ölprodukte. Deutschland ist der größte russische Energieimporteur in der EU und hat im vergangenen Jahr mehr als 40 Mrd. Euro an Moskau **gezahlt**. **Im Jahr 2021 betrogen die Energieimporte fast zwei Drittel der Gesamteinfuhren in die Europäische Union aus Russland**. Die Verhängung

von Sanktionen gegen Russland, die sich nicht auf die Energielieferungen erstrecken oder die die russische Sparkasse Sberbank (über die die meisten energiebezogenen Transaktionen abgewickelt werden) nicht vom SWIFT-System abschneiden, könnte daher im Bestreben den Krieg in der Ukraine zu stoppen unwirksam sein. Die Europäische Union diskutiert Möglichkeiten, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und weniger abhängig von Russland zu werden. Die Europäische Kommission hat **Pläne** bekannt gegeben, die Gasimporte aus Russland in diesem Jahr um zwei Drittel zu reduzieren. Die Diskussion ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Im jüngsten Vorschlag wird **das Jahr 2027 als das letzte Jahr für russische Öl-, Gas- und Kohleimporte in die EU betrachtet**, was zu spät ist, um Russland zur Beendigung seines Krieges in der Ukraine zu bewegen. Der nächste Kommissionsvorschlag wird voraussichtlich im Mai vorgelegt, was ebenfalls das unzureichende Tempo der Entscheidungsfindung verdeutlicht. Einige EU-Mitgliedsstaaten (Polen, Lettland, Litauen, Estland) drängen auf deutlich schärfere Energiesanktionen bis hin zum Embargo ab sofort. **Die Diskussion über das russische Energieverbot und andere Sanktionen wird wahrscheinlich vom derzeitigen Anteil russischer Energiequellen am Energiemix des jeweiligen Mitgliedstaates abhängen**. Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien, die zu den am meisten abhängigen Ländern gehören, lehnen ein Embargo für russische fossile Brennstoffe am stärksten

ab, da dies die europäische Wirtschaft beeinträchtigen und die steigenden Energiepreise noch weiter in die Höhe treiben würde.

Technisch gesehen **ist eine deutliche Verringerung des Anteils russischer Energiequellen am Energiemix der EU noch in diesem Jahr möglich**, und zwar durch eine Kombination von Maßnahmen, die mit dem europäischen Green Deal in Einklang stehen und die Energiesicherheit und Erschwinglichkeit fördern würden. Dazu gehören die stärkere Hinwendung zu anderen Lieferanten (einschließlich Flüssiggas), die Nutzung anderer sauberer Energiequellen, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Steuerung der Nachfrage nach fossilen Brennstoffen. Während die europäischen Staats- und Regierungschefs darüber diskutieren, ob die EU für die schärferen Sanktionen gegen Russland bereit ist und wie sich diese auf die Bevölkerung und die Wirtschaft der EU durch mögliche Energiepreiserhöhungen auswirken werden, **sprechen sich 79 Prozent der Europäer für die schärferen Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus** und zeigen sich bereit, die Ukraine stärker zu unterstützen, auch wenn ihre Regierungen dies nur widerwillig tun.

**mehr Informationen unter
www.sharethetruths.org**